

Hintergrundpapier zu den Forderungen

Für eine ausgewogene und resiliente Energiewende

Süddeutschland ist ein zentraler Wirtschaftsstandort mit hohem Energieverbrauch und verfügt zugleich über ein bislang nicht ausgeschöpftes Windpotenzial. Windenergie spielt auch in dieser Region eine wichtige Rolle für das Gelingen der Energiewende. Die Studie „Windenergie in Baden-Württemberg – Warum der aktuelle Regulierungsrahmen den Ausbau im Süden verhindert“ (Mai 2026) unterstreicht, dass die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen im Vergleich zu windstärkeren Regionen hohe Anforderungen an die Ausgestaltung des Energiesystems stellen. Die Studie ist über den beigefügten QR-Code auf Seite 3 abrufbar.

Das aktuelle Ausschreibungssystem orientiert sich stark an den günstigsten Erzeugungsstandorten und begünstigt damit windstarke Regionen. Dadurch werden systemisch sinnvolle, lastnahe Projekte in Süddeutschland teilweise benachteiligt, obwohl sie für ein stabiles Gesamtsystem notwendig sind.

Eine stärkere regionale Verteilung der Erzeugung kann den Bedarf an Netzausbau und weiträumigen Stromtransporten reduzieren und die Systemresilienz erhöhen. Ergänzend gewinnen Speicher und klare Netz- und Systemregeln an Bedeutung, um erneuerbare Energien zuverlässig zu integrieren.

Im Mittelpunkt steht die Frage, wie der Ausbau der Windenergie so gestaltet werden kann, dass er sowohl wirtschaftlich effizient als auch regional ausgewogen ist und die Energiewende insgesamt unterstützt.

Herausforderung 1:

Unzureichendes Ausschreibungsvolumen gefährdet den Ausbaupfad

Das jährliche Ausschreibungsvolumen von 10.000 MW reicht nicht aus, um den bestehenden genehmigten Projektbestand abzudecken. In Süddeutschland besteht bereits ein erheblicher Projektüberhang in Höhe von rund 20.000 Megawatt, der unter den aktuellen Zuschlagsmechanismen nur unzureichend abgebaut wird. Baureife Projekte bleiben dadurch häufig ohne Realisierungschancen.

Forderung:

Anhebung des jährlichen Ausschreibungsvolumens für Wind an Land auf mindestens 14.000 MW sowie eine einmalige Sonderausschreibung von 5.000 MW im Jahr 2027, ausschließlich für bereits genehmigte Projekte.

Herausforderung 2:

Regionale Schiefelage zwischen Genehmigung und Realisierung

Zwar werden die ausgeschriebenen Mengen in den Windenergie-Onshore-Ausschreibungen regelmäßig vollständig bezuschlagt, dennoch besteht weiterhin eine strukturelle Diskrepanz zwischen der stark wachsenden Zahl genehmigter Projekte und der tatsächlichen regionalen Verteilung der Zuschläge.

Die Ausschreibungsrunden des Jahres 2025 zeigen eine deutliche Konzentration der Zuschläge auf windstarke norddeutsche Bundesländer, insbesondere Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Süddeutsche Bundesländer erhalten dagegen trotz steigender Genehmigungszahlen und zunehmender Projektpipeline lediglich einen unterproportionalen Anteil der Zuschläge. Dadurch entsteht kein kurzfristiger, sondern ein systemischer Investitionsstau: Genehmigte Projekte im Süden bleiben über mehrere Ausschreibungsrunden hinweg ohne Zuschlag und können trotz Baureife nicht realisiert werden.

Forderung:

Einführung im EEG eines rechtlich gesicherten Realisierungsmechanismus für bereits genehmigte Projekte in Süddeutschland, beispielsweise durch:

- zusätzliche Sonderausschreibungen mit 4.000 MW für bereits genehmigte und baureife Projekte zur beschleunigten Schließung bestehender Ausbaulücken,
- eine stärkere Berücksichtigung systemischer Kriterien wie Lastnähe, Versorgungssicherheit und Netzentlastung bei der Zuschlagsvergabe.

Herausforderung 3:

Marktmechanismus benachteiligt systemisch sinnvolle Standorte

Das aktuelle Ausschreibungsdesign setzt stark auf den reinen Stromgestehungspreis. Im Süden und Südwesten Deutschlands sind die durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten geringer als im Norden, während gleichzeitig die Erschließungs- und Fundamentierungskosten aufgrund der Topografie deutlich höher ausfallen als in norddeutschen Flachlagen. Das derzeitige Ausschreibungsdesign orientiert sich jedoch nahezu ausschließlich am günstigsten Strompreis und berücksichtigt die systemische Notwendigkeit einer regional ausgewogenen Erzeugungsstruktur nicht ausreichend.

Forderung:

Einführung einer temporären Südquote in Höhe von 35 Prozent des jährlichen Ausschreibungsvolumens für Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Herausforderung 4:

Vergütungssystem nicht ausreichend für Binnenlandprojekte

Der im EEG 2027-Entwurf vorgesehene Korrekturfaktor von 1,50 wird den wirtschaftlichen Anforderungen von Binnenlandprojekten nicht gerecht. Gleichzeitig wird eine vollständige Streichung des Korrekturfaktors diskutiert, was den wirtschaftlichen Betrieb von Windenergieprojekten im Binnenland faktisch unmöglich machen würde. Die Caeli-Wind-Studie (Mai 2026, S. 9) zeigt, dass Projekte in Baden-Württemberg unter der derzeitigen Vergütungssystematik in vielen Fällen nicht kostendeckend realisierbar sind; deshalb wird eine grundlegende Anpassung des Modells gefordert.

Forderung:

Anhebung des Korrekturfaktors auf mindestens 1,70 oder alternativ Einführung einer systemdienlichen Förderkomponente, die insbesondere die räumliche Nähe zu Verbrauchszentren sowie deren zeitliche Versorgungssicherheit finanziell berücksichtigt.

Herausforderung 5:

Fehlende regionale Ausrichtung bei Resilienzausschreibungen

Die im EEG 2027 vorgesehenen Resilienzausschreibungen sollen die Versorgungssicherheit erhöhen. Allerdings fehlt bislang eine regionale Differenzierung zugunsten von Süd- und Südwestdeutschland. Gerade diese Regionen sind in Dunkelflauten besonders auf lokale Erzeugung angewiesen, da Importstrukturen aus dem Norden allein keine ausreichende Versorgungssicherheit gewährleisten. Dadurch besteht die Gefahr, dass sich die bestehende Konzentration des Windenergieausbaus auf einzelne Regionen fortsetzt und bestehende Ausbaulücken in Süddeutschland nicht geschlossen werden.

Forderung:

Einführung verbindlicher regionaler Mindestquoten von 20 Prozent für Resilienzausschreibungen, ausschließlich für Projekte in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

Herausforderung 6:

Unzureichende Systemintegration von Speichertechnologien

Der aktuelle EEG-Reformprozess (EEG 2027) enthält erste Ansätze zur stärkeren Systemintegration, adressiert aber die Rolle von Batteriespeichern in Kombination mit Wind- und Solarparks noch nicht einheitlich und umfassend.

Forderung:

Einführung eines vereinfachten Genehmigungsregimes für Hybridparks (Wind + Speicher), vollständige Befreiung von Abgaben sowie ein eigenständiges Ausschreibungssegment für systemdienliche Innovationsprojekte im EEG 2027.

Herausforderung 7:

Netzanschluss und Redispatch-Regelungen als Investitionshemmnis

Der Netzanschluss entwickelt sich zunehmend zu einem zentralen Engpass für die Umsetzung von Windenergieprojekten. Lange Wartezeiten, begrenzte Netzanschlusskapazitäten sowie eine zunehmende Überzeichnung von Netzanschlusspunkten führen dazu, dass selbst genehmigte Projekte nicht verlässlich realisiert werden können. Gleichzeitig schafft das geplante Netzpaket durch den vorgesehenen Redispatch-Vorbehalt zusätzliche Unsicherheiten hinsichtlich der Einspeiseverfügbarkeit. Ergänzend erhöhen vorgesehene Baukostenzuschüsse für Netzverstärkungen die Investitionskosten und verschlechtern die Wirtschaftlichkeit von Projekten weiter. Insgesamt entsteht dadurch ein erhöhtes Investitions- und Umsetzungsrisiko entlang der gesamten Netzanschlusskette.

Forderung:

- Streichung des Redispatch-Vorbehalts für erneuerbare Energien bis zur vollständigen Koordination des Netzausbaus sowie Ausschluss einer Beteiligung von Windparkbetreibern an Netzinfrastrukturkosten.
- Zusätzlich sind verbindliche und transparente Netzanschlusszusagen, eine priorisierte und diskriminierungsfreie Vergabe von Netzanschlusskapazitäten sowie Maßnahmen zur Vermeidung von Überbuchung bzw. Überzeichnung von Netzanschlusspunkten sicherzustellen.

Über den QR-Code gelangen Sie zur Studie:

Windenergie in Baden-Württemberg – Warum der aktuelle Regulierungsrahmen den Ausbau im Süden verhindert.
(Caeli Wind, Mai 2026)

